

Sozialdemokratischer Pressedienst

Ansprechender und Geschäftsleiter:
Erich Hoffmann, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4135/4136



Stellen für Zeitung und Geschäftsleitung:
Berlin G 2 01, Silesien-Platz 6
Telefon: Geydell

Die Zeitung wird in Ostberlin
für einen Tag nur auf Grund besonderer Anordnungen des Reichsministeriums für Propaganda
und den Reichsdruckern, wenn nicht anders bestimmt ist, gedruckt.

Berlin, den 22. Okt. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschl. denis
Amsterdäm

Das Erwachen!

Flucht aus dem Hitler-Lager.

SPD. Die Flucht aus der Nazi-Partei wird täglich grösser und bedroht die Braunen Häuser sowie ihren Führer mit einer Katastrophe.

Am Sonnabend hat in Bremen der Nazi-Präsident der Bürgerschaft, Rechtsanwalt Dr. Backhaus, sein Amt niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Hitler-Partei ausgetreten. Backhaus war eine grosse Leuchte des Dritten Reiches. Er gehörte zum Vertrauenskreis des Oboersaf, dem Backhaus in einem langen Brief die Gründe seines Austritts auseinandergesetzt hat. Diese Gründe sind rein politischer Art und der Fall Backhaus selbst ist typisch für die Stimmung unter den bisherigen bürgerlichen Naziwählern, soweit sie materiell nicht proletarisiert sind. Kein Wunder und kein Zufall, wenn sich deshalb Gregor Strasser dieser Tage in öffentlichen Erklärungen beeilt hat, das Privateigentum anzuerkennen und die Hitler-Partei als festes Bollwerk des kapitalistischen Systems anzupreisen.

Dieser Gregor Strasser galt bisher als der "Revolutionär und Sozialist" des Braunen Palastes und als der grosse Gegenspieler des "Bürgers Hitler". Strasser, das war für die SA und alle Nazi-Proleten der "Lehrmeister und Praktiker der deutschen Revolution und des deutschen Sozialismus". Wenn er sich jetzt beeilt, seine früheren Manuskripte und sein "sozialistisches" Wirtschaftsprogramm buchstäblich zu verbrennen, einzustampfen und zum alten Eisen zu werfen, so illustriert dieser plötzliche Wandel sehr deutlich den Schwindel des Hitlersozialismus. Es beweist aber auch, woher der Wind weht. Die bürgerlichen Elemente in der Hitler-Partei beginnen abzuschwenken, die Kassenschränke der Schwerindustrie und der Grossagrarien wollen sich nur noch sehr schwer für die Propagandafonds der Braunen Häuser öffnen. Es ist Ebbe geworden in den Nazikassen. Der Judas der arbeitenden Klassen hat für die Junker und Schlotbarone seine Schuldigkeit getan. Um zu retten was zu retten ist, lässt er jetzt den "feinen Leuten" zuliebe den "sozialistischen" Ballast abwerfen. Aus ist es mit der "nationalen Revolution", die in Wahrheit nie etwas anderes gewesen ist für die Hitler, Goebbels, Strasser und Konsorten als billige Agitationsphrase und Wahlhumbug.

Allerdings ein sehr zugkräftiger. Denn zu gross und furchtbar sind die Leiden, die dieses verfaulende kapitalistische System den Millionen der hungernden und darrenden Massen des Volkes auferlegt. So gross und furchtbar, dass wohl die Komödianten und Betrüger in den Braunen Häusern, die Nutzniesser des Volkselendes und des Hungers bedenkenlos zum Kapital abschwenken und ihre Schwüre abschwören mögen; nicht aber die Darrenden und Leidenden.

Die Folge ist, dass ebenso wie die bürgerlichen erst recht die proletarischen Hitlerwähler die Flucht aus dem Nazilager antreten. Seit dem Koalitions-Kuhhandel mit der "schwarzen Pest" schwelt der Aufruhr in der SA und lässt sich nicht beschwichtigen. Reihenweise sind ganze Stürme ausgeschlossen wor-

den, aber bedeutend grösser ist die Zahl jener, die freiwillig das Lager verlassen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Hitlerschwund bei der gegenwärtigen Versammlungstour des Häuptlings. Er selbst hat allen Glauben an einen Sieg verloren, aus seinen Fanfaren sind schwächliche Chamaden geworden und der grosse Führer und Erretter Deutschlands erklärt: "wenn es Gottes Wille ist, dass wir siegen so siegen wir; wenn es sein Wille ist, dass wir noch zehn Jahre warten müssen, so warten wir." Die Massenströmen nicht mehr zuhauf und wo "der Gottgesandte" noch vor dem 31. Juli bis zu fünf und zwanzig Mark Eintrittsgeld für seine Versammlungen erheben konnte, da begnügt er sich heute mit 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig.

In Ostpreussen, der bisherigen Hochburg der Nazi-Illusion, sind die Versammlungen mehr als bescheiden. Zwar nehmen die Naziblätter den Mund ebenso voll wie früher, wenn aber das Münchner Hitlerblatt 25 000 Besucher verkündet, so sagt das ostpreussische Nazi-Organ 9 000 und die Wahrheit liegt bei 5 000.

Das grosse Erwachen Deutschlands von dem Nazitaumel hat begonnen. Auch die Beamten und Bauern bilden keine Ausnahme. Die kurze Zeit einer Nazi Herrschaft in Thüringen, in Coburg, in Mecklenburg oder Oldenburg, hat die vollkommene Unfähigkeit der Nazibonzen und Naziminister gezeigt. Unter dem Nazi-regime ist es nicht besser sondern schlimmer geworden. Das Parteibuch ist Trumpf und ersetzt jegliche Voraussetzungen für ein Amt. In Mecklenburg hat sich einer der Nazi-Minister vorsorglich zum Oberregierungsrat ernannt, erfahrene, tüchtige und selbst rechtsgesinnte Beamten müssen weichen und werden pensioniert, sobald das Braune Haus einen Anwärter zu versorgen wünscht.

Was sich in Ostpreussen am kläglichen Versammlungsbesuch ankündigt, hat bereits in Thüringen beredten Ausdruck gefunden. Dort hat dieser Tage der agrarpolitische Nazileiter, Dr. Ennker, die Flucht ergriffen angesichts des Nazibetrugs an den kleinen Bauern. Kein Versprechen ist von der thüringischen Naziregierung gehalten worden und nach all den traurigen Erfahrungen hat jetzt dieser Dr. Ennker einen offenen Brief an die thüringischen Bauern geschrieben, in dem er sie warnt, noch einmal ihre Stimme Herrn Hitler und der Nazi-partei zu geben: "Ich warne Euch vor der Partei, die so viele grosse Worte macht und so wenig hält. Sie ruft auch jetzt wieder auf, Hitler als Retter des Bauernstandes zu wählen. Glaubt Ihr noch daran, nachdem Ihr von dieser Seite so benarrt worden seid?"

Das ruft der bisherige Führer des Nazilandvolks von Thüringen zu den Bauern. Benarrt und genarrt haben die Braunen Häuser alle! Aus den "deutschen Revolutionären" und Hitlersozialisten ist nichts übriggeblieben als Lakaien und Schlepenträger entthronter Fürsten und Prinzessinnen; Knechte, die den Baronen in die Regierung geholfen haben; Verräter an der Arbeiterklasse, Postenjäger, die am Hunger des Volkes satt und fett geworden sind.

SPD. Hamburg, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Hamburger Schwurgericht verurteilte am Sonnabend drei Kommunisten zu neun, fünf bzw. zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Die übrigen kommunistischen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten.

Dem Prozess lagen die Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zugrunde, die sich am 10. April - dem Tage der Reichspräsidentenwahl - ereigneten und zwei Nationalsozialisten das Leben kosteten. Ausserdem wurde ein Nationalsozialist verletzt.

SPD. Kiel, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor dem Kieler Sondergericht begann der Prozess gegen acht an der Kellinghusener Bauernrevolte beteiligte Landwirte.

Am 22. September sollte im Amtsgericht Kellinghusen eine Zwangsversteigerung stattfinden, beantragt von einem Hypothekengläubiger, der seit Jahr und Tag keine Zinsen erhielt und dem Wohlfahrtsamt zur Last gefallen war. 2 - 3000 Bauern und SA-Leute hatten sich vor dem Amtsgericht eingefunden, um die Versteigerung gewaltsam zu verhindern. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei und den Landjägern, von denen drei niedergeschlagen und schwer verletzt wurden. Acht Demonstranten wurden später festgenommen und haben sich jetzt wegen Aufruhr, Landfriedensbruch usw. zu verantworten. Dass die Verhandlung in Kiel stattfindet, beweist die explosive Stimmung auf dem Lande. Alle Angeklagten gehören der SA oder der SS an. Die Demonstration war von der "Not- und Schicksalsgemeinschaft der schleswig-holsteinischen Bauern" in Szene gesetzt worden. Diese Vereinigung ist die Fortsetzung der Landvolkbewegung. Bemerkenswert ist, dass bei der Zwangsversteigerung, die trotz der Demonstration durchgeführt wurde, das einzige Gebot von einem Nazibauern abgegeben wurde.

SPD. München, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Hakenkreuzseuche unter den protestantischen Geistlichen hat in den letzten Monaten auch in Bayern, vor allem im fränkischen, so stark um sich gegriffen, dass der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskirchenrats sich zum Einschreiten gezwungen sieht. Im Kirchen-Amtsblatt wendet er sich mit einem Wort "ernstester Mahnung" grundsätzlich gegen die politische Betätigung der Geistlichen überhaupt und verurteilt im besonderen die nationalsozialistische Gruppe des protestantischen Klerus, die die unbedingt einzuhaltende Linie der gebotenen Zurückhaltung weit überschritten und den Dienst der Kirche geschädigt habe. Der Kirchenpräsident verpflichtet alle Geistlichen, sich unbeschadet ihrer eigenen politischen Überzeugung im öffentlichen Auftreten einer streng überparteilichen Haltung zu befleißigen und will seine Bekanntmachung als letzte Warnung gewertet wissen, damit es ihm erspart bleibe gegen Träger des geistlichen Amtes vorgehen zu müssen.

SPD. Leipzig, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess der preussischen Staatsregierung gegen das Reich ist der Termin zur Verkündung der Entscheidung auf Dienstag, 25. Oktober, mittags 12 Uhr, anberaumt worden. Die Sitzung findet wiederum im Hauptsaal des Reichsgerichts statt.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig hat dem Staatssekretär in der Reichskanzlei auf dessen Brief mit seinem Vergleich zwischen früher und heute folgende Antwort erteilt :

"Besten Dank für Ihren Brief. Leider verbinden Sie Ihre Darstellung mit einer polemischen Bemerkung über frühere Reichsregierungen, die ich schon deswegen ablehnen muss, weil ich weiss, dass Vermutungen, die von verantwortlicher Stelle ausgesprochen werden, in der Wahlagitation als feststehender Beweis zur Verunglimpfung des politischen Gegners benutzt werden. Da ich den Pflichtfeier genau kenne, mit dem Sie früheren Regierungen gedient haben, bedauere ich besonders, dass gerade Sie mit jener Bemerkung solche politische Scheidemünze öffentlich in Umlauf gesetzt haben.

Sie versichern mir, dass weder der Geheimfonds des Ministers des Auswärtigen noch der des Reichswehrministers, noch der Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland "von Rechts wegen" mit der deutschen Presse "irgend etwas zu tun haben dürfen". Das Recht ist in Deutschland - von der Reichsverfassung angefangen bis zur Reichsschuldenordnung - in den jüngst vergangenen Monaten so schwer misshandelt worden, dass mir seine Anrufung nicht durchschlagend beweiskräftig erscheint. Die Wahrheit könnte nur durch ernsthafte Rechnungsprüfung jener Fonds ermittelt werden, aber dieser sind sie ja auch heute grundsätzlich entzogen. Im übrigen ist der Begriff - Nachrichtenwesen im Ausland - wie Sie selbst wissen, nur eine Zweckbestimmung und keine Grenzziehung. Bei meiner Feststellung im "Vorwärts" kam es mir aber nicht darauf an, formalistisch nachzuweisen, dass der Herr Reichskanzler bei seiner Aussage nur zwei Titel des Reichshaushaltes aufzählte, die "überhaupt für die Presse (Inlandspresse) in Frage kommen könnten", während es in Wirklichkeit nach wie vor deren fünf sind. Ich wollte damit sachlich mehr sagen und möchte das jetzt, weil Sie das wohl übersehen haben, noch unterstreichen. Niemals seit 13 Jahren hat irgend eine Reichsregierung so viel unkontrollierte Mittel, Möglichkeiten und Hilfsquellen zur Verfügung gehabt, wie infolge ihrer grosszügigen Sanierungs- und Subventionierungspolitik die gegenwärtige Reichsregierung. Durch die Ausschaltung des Reichstages, durch die Zurückdrängung des bedeutsamen Einflusses, den der Rechnungshof des Deutschen Reiches und die Reichsschuldenverwaltung unter früheren Regierungen durch das Parlament eingeräumt bekommen hatten, stehen jetzt dem Kabinett v. Papen neben dem offiziellen Haushalt materielle Bewegungsmittel in Milliardengrösse tatsächlich ohne Gegenkontrolle zur Verfügung. Sie sind bald schon ein ganzer Haushalt neben dem offiziellen Reichsetat. Die grosse Presse und ihre Verlage gehören heute zum Kundenkreis derjenigen Banken, die jetzt vom Reich beherrscht oder beschirmt werden. Die vielfachen, vom Reiche mitgegründeten oder mitgetragenen Hilfsinstitutionen und sonstigen Finanzierungsapparate ergeben die bedeutendsten Verknüpfungen von Beziehungen und Geschäften. Alles ist Einfluss-sphäre und auch materielle Wirkungskraft der Reichsregierung.

Dazu kommt, dass auch die jetzt geübte Regierungspraxis bei jedem objektiv um das Schicksal der Reichsfinanzen besorgten Beobachter tiefstes Misstrauen erwecken muss. Den fertig gedruckten Reichshaushaltsplan 1932 hat das Kabinett Papen dem Reichstag vorenthalten. Es hat sogar die nicht einmal von ihr zu verantwortende Haushaltsrechnung 1931 dem Parlament nicht zugehen lassen, obwohl sie rechtzeitig vollständig vorhanden war. Sie hat es auch vermieden, Uebersichten über die Beteiligungen des Reiches, über Garantien, Bürgschaften, Darlehen und Kredite dem Haushaltsausschuss des Reichstages zugehen zu lassen, die von früheren Regierungen immer vorgelegt wurden. Die derzeitige Reichsregierung verhindert systematisch den Einblick in ihre materielle Geschäftsführung. Das neue System geht zwangsläufig und wohl auch bewusst den Weg der autoritären Haushaltsgebarung und der machtpolitischen Bewirtschaftung der heute riesenhaften ausseretatlichen materiellen Interessen des Reiches.

Deswegen hat der preussische Untersuchungsausschuss nach meiner Ueberzeugung den Herrn Reichskanzler in der falschen Richtung befragt, was aber nach wie vor nichts daran ändert, dass seine Antwort auf die an ihn gestellten Fragen - soweit der Reichshaushalt in Betracht kam - nach meiner festen Ueberzeugung nicht erschöpfend gewesen ist.

Auch ich werde diesen Brief der Öffentlichkeit übergeben, sobald Sie ihn erhalten haben. Ob allerdings die Ihrer Regierung gesinnungsmässig nahestehenden Zeitungen, die Ihre Vermutung gegenüber früheren Regierungen saftig ausgenutzt haben, meine Erwiderung veröffentlichen werden, wage ich zu bezweifeln."

SPD. Aachen, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Büsbach schoss eine Rotte angetrunkenen Nazis ohne jede Veranlassung auf Strassenpassanten. Besonders übel wurde einem Taxiwagenführer mitgespielt. Er wurde unter Drohungen mit der Pistole angehalten, auf Waffen durchsucht und musste dann exerzieren. Schliesslich bekam er noch einige Ohrfeigen. Als Hauptanführer der Nazibande beichtete sich ein früherer Fremdenlegionär aus, der sich in der Trunkenheit selbst ins Knie schoss.

SPD. Der Reichswehrminister lässt zu den Gerüchte über die Erschütterung der Stellung des Herrn von Papen erklären, dass er mit dem ihm "befreundeten Reichskanzler" sachlich und politisch völlig übereinstimme, dass er während seines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine Persönlichkeit grösseren und kleineren Formats gesehen oder gesprochen habe, und das auch in Zukunft nicht zu tun gedenke.

Im dementieren war Herr von Schleicher schon immer gross. Dementis aus seiner Feder oder seinem Munde nehmen wir deshalb nicht wörtlich.

SPD. Brüssel, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Militärdienstverweigerer Seimones ist am Sonnabend auf freien Fuss gesetzt worden. Er ist zu seiner Familie zurückgekehrt.

SPD. In dem sogenannten "Klepper-Ausschuss" des Preussischen Landtages hat die Hugenberg-Hitler-Gruppe einen Ueberrumpelungserfolg zu erzielen gesucht, indem sie am letzten Tage der Verhandlung einen deutschnationalen Journalisten Frithjof Melzer vernahm, der behauptete, Minister Klepper habe ihm ein Bestechungsangebot gemacht. Eine sofortige Gegenüberstellung Kleppers mit dem Kronzeugen hat der Ausschuss mit Stimmgleichheit abgelehnt. Klepper hat inzwischen an den Ausschussvorsitzenden Zubke (dntl) folgenden Brief gerichtet, den er gleichzeitig der Presse übergibt:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wie ich dem übereinstimmenden Bericht der Presse entnehme, hat der Herausgeber der "Landwirtschaftlichen Wochenschau", Herr Frithjof Melzer bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem XXI. Ausschuss des Preussischen Landtags ausgesagt, er habe mich bei einem Abendessen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt kennengelernt und neben mir gesessen. Herr Melzer hat weiter behauptet, ich habe ihm gelegentlich dieser Tischunterhaltung einen Kredit ohne Sicherheiten angeboten, ein Angebot, das er nur als Bestechungsversuch habe bewerten können. Auf Vorhalt hat Herr Melzer dann ausgeführt, die ausdrückliche Zurückweisung dieses Bestechungsversuches habe er aus Gründen der Höflichkeit gegenüber dem Gastgeber unterlassen; er sei auch späterhin nicht ausdrücklich auf die Angelegenheit zurückgekommen, habe sich das vielmehr für eine besondere Gelegenheit aufgespart. Den Verkehr mit mir will Herr Melzer jedoch aus Gründen der Sauberkeit nach dem Vorfall auf das dienstlich notwendige Mass beschränkt haben. Da mir der Ausschuss bisher leider keine Gelegenheit gegeben hat, mich auf dem Wege einer Zeugenaussage zu diesen absurden Unterstellungen zu äussern, bitte ich Sie als Vorsitzenden, die folgende Erklärung dem XXI. Ausschuss zur Kenntnis zu bringen:

Die Behauptung des Herrn Melzer, ich hätte ihm einen Kredit angeboten, ist unwahr. Die Behauptung, ich hätte die Bekanntschaft mit Herrn Melzer gelegentlich einer Tischunterhaltung mit einem Bestechungsversuch eingeleitet, ist so grotesk, dass ich meine Richtigstellung nicht näher zu begründen brauche.

che. Ebenso grotesk ist die Auffassung, der Gastgeber habe es als unhöflich empfinden können, wenn Herr Melzer den angeblichen Bestechungsversuch alsbald zurückgewiesen habe. Schliesslich ist das nachfolgende Verhalten des Herrn Melzer ein gänzlich anderes gewesen, als er es in seiner Zeugenaussage behauptet.

Kurze Zeit, nachdem Herr Melzer und ich uns kennengelernt hatten, nämlich am 27. November 1929, richtete er an mich einen Brief, in dem er erklärt, er würde mir dankbar sein, wenn ich einem früheren Mitarbeiter von ihm eine Beschäftigung verschaffen könnte.

Am 22. Januar 1930 erhielt ich von Herrn Melzer ein weiteres Schreiben, in dem er mir mitteilte, dass die "Landwirtschaftliche Wochenschau" anlässlich des 25jährigen Jubiläums des "Kurzen Wochenberichts der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat" eine Festnummer herauszugeben beabsichtige, die Äusserungen "der führenden Agrarpolitiker" enthalten solle. Erfährt fort :

"Dafür bitte ich in wenigen Zeilen Ihre kurze Äusserung mit der Erlaubnis in der Festnummer bringen zu dürfen."

Der Brief schliesst mit den Worten:

"Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung zeichne ich als Euer Hochwohlgeboren stets ganz ergebener Melzer."

Am 25. Februar 1930 sprach Herr Melzer mir seinen "ergebensten Dank für meine gütige und wertvolle Mitwirkung" aus.

Mitte Januar 1931 teilte mir Herr Melzer einen Todesfall in seiner Familie mit. Am 25. März 1931 zeigte mir Herr Melzer die Geburt eines Zwillingpaares an. Diese Familienanzeigen erwähne ich deshalb, weil ausser jener Tischunterhaltung und einer Reihe von dienstlichen Besprechungen keinerlei Verkehr zwischen Herrn Melzer und mir stattgefunden hat.

Am 10. April 1931 versichert mir Herr Melzer anlässlich einer sachlichen Korrespondenz, er lege "Wert auf ein offenes und ehrliches Verhältnis" zu mir.

Die Schlüsse daraus, ob das hier geschilderte Verhalten des Herrn Melzer seine Behauptung, er sei von mir bei dem ersten Bekanntwerden durch einen Bestechungsversuch beleidigt worden, glaubhaft macht, glaube ich dem Ausschuss und der Öffentlichkeit überlassen zu dürfen."

Man sieht, dass die Kronzeugen der Reaktion von ganz besonderem Charakter sind, Jemand, der sich durch ein "Bestechungsangebot" angeblich beleidigt fühlt, schreibt dem Anbietenden herzlich-untertänige Briefe und schickt ihm die privatesten Familienanzeigen. Wie müsste der Mann sich erst benehmen, wenn er wirklich "beleidigt" worden wäre?

SPD. Brüssel, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Ministerium de Broqueville wurde am Sonnabend gebildet. Es besteht fast ausschliesslich aus stark verblassten Grössen früherer katholisch-liberaler Ministerien, darunter nicht weniger als 4 früheren Ministerpräsidenten, und zwar de Broqueville selbst, Jaspar, Poulet und Theunis.

Der Zweck dieses grossen Aufgebots ältester Staatsmänner ist sehr durchsichtig. Es handelt sich zunächst darum, gegenüber den ausländischen Bankerkreisen einen günstigen Eindruck zu machen und die grosse Auslandsanleihe, deren Abschluss bisher in London misslungen ist, unter Dach und Fach zu bringen. Zweitens wünschen die Katholiken und Liberalen für den bevorstehenden Wahlkampf, von dem die Regierungsparteien einen sozialistischen Sieg befürchten, die Wähler möglichst im Interesse der bürgerlichen Parteien zu beeinflussen. Was die Gerüchte von einem engeren Zusammenarbeiten mit dem französischen Generalstab und der Festlegung eines neuen gemeinsamen französisch-belgischen Verteidigungsplanes anbetrifft, so wird versichert, dass de Broqueville auf Drängen der christlich-demokratischen und flämischen Katholiken auf die Verwirklichung dieses Planes wenigstens bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlaments verzichtet hat.

SPD. Paris, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Studienkommission des Obersten Landesverteidigungsrats hat am Sonnabend vormittag unter Vorsitz Herriots die Prüfung des neuen französischen Abrüstungsplanes fortgesetzt. Mehrere Minister, die sich sonst durch hohe Ministerialbeamte vertreten lassen, wohnten der Sitzung bei. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Text des Planes noch nicht vollkommen fertiggestellt ist und die Minister der Landesverteidigung daher um ihre Ansicht befragt werden müssen. Nach der Sitzung erklärte einer der beteiligten Minister gegen über Pressevertretern: "Diese vollkommen technische Beratung verfolgt hauptsächlich den Zweck, unsere Truppenbestände und Rüstungen zu verteidigen. Wenn man einen Unterschied zwischen einer Angriffs- und einer Verteidigungs-Armee machen will, so ist das ein Scherz. Eine Armee ist offensiv oder defensiv, je nach den Absichten desjenigen, der sie verwendet."

Nach dieser Äusserung kann man darauf gefasst sein, dass sich der neue französische Abrüstungsplan von dem Tardieu'schen Plan nicht sehr unterscheiden wird.

SPD. Breslau, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend drangen unbekannte Täter in die Zahlstelle Sternschanze des Breslauer Wohlfahrtsamtes ein und knabberten einen Geldschrank in einem Büroraum im zweiten Stock des Hauses stand, kunstgerecht auf. Entwendet wurden in drei Eisenblechkassetten rund 6800 Mark und 100 Stück Reichsbezugsscheine für je drei Pfund frisches Rind- oder Schweinefleisch, gültig bis 30. November d. J. sowie 50 Zahlkarten des Wohlfahrtsamtes und des Fürsorgeamtes der Stadt Breslau.

SPD. Prag, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die neue Regierung ist entgegen den Erwartungen am Sonnabend noch nicht ernannt worden, da die Koalitionsparteien noch nicht über das Finanzprogramm einig sind. Ministerpräsident Malypetr beharrt darauf, dass vor der Ernennung des neuen Kabinetts das Gleichgewicht im Staatsvoranschlag gesichert wird. Die Ernennung des neuen Kabinetts dürfte deshalb erst am Dienstag oder Mittwoch erfolgen.

SPD. Paris, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Kammer und Senat treten am Dienstag wieder zusammen. In der Kammer wird wahrscheinlich noch am gleichen Tage gemäss einem von Herriot in einer Sitzung des auswärtigen Ausschusses gegebenen Versprechen eine Interpellationsdebatte über die Aussenpolitik beginnen, die bis Ende der Woche dauern wird. Bisher sind acht Interpellationen über dieses Thema angemeldet, von denen die wichtigsten die des Sozialisten Léon Blum, des Nationalisten Louis Marin, des Radikalen Bergery und des zurzeit keiner Fraktion angehörenden Abgeordneten Franklin Bouillon sind. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Aussenpolitik der Regierung mit einer sehr grossen Mehrheit von der Kammer gebilligt wird. Die Kammer dürfte sich dann bis nach dem radikalen Parteikongress vertagen, der vom 3. bis 6. November in Toulouse stattfindet.

SPD. Halle, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Hitler hat am Sonnabend auf seiner Reklame-Tournee Halle besucht, um in einem auf dem Rummelplatz aufgestellten Zelt eine, wie das Naziblatt sagt, längere programmatische Rede zu halten. Der Besuch zeigte deutlich das Abflauen der Hitlerbegeisterung auch im Bezirk Halle. Statt der erwarteten 50 000 waren aus ganz Mitte Iddeutschland bis nach Kottbus und ins Thüringer Land hinein etwa 10 000 Personen erschienen. Das Zelt war nur zu 3/4 besetzt. Während der Rede Hitlers versagte plötzlich die Lautsprecheranlage, sodass nur ein ganz kleiner Teil aus seinem Munde vernehmen konnte, wann der Endsieg nunmehr zu erwarten sei.

Schon bei der Ankunft, mehr aber noch bei der fluchtartigen Abfahrt des Osafs brach die in grossen Massen den Platz umsäumende republikanische Bevölkerung Halles in stürmische Nieder-Rufe aus. 22 Personen wurden wegen Nieder-Rufens festgenommen.

SPD. Detmold, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Redakteur des nationalsozialistischen "Lippischen Kurier", Helmut Pommerenke, der schon wiederholt wegen Beleidigung vorbestraft ist, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er wahrheitswidrig in seiner Zeitung behauptet hatte, Fechenbach, der Redakteur des sozialdemokratischen Detmolder "Volksblatts" habe seine Zeit als Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner dazu benützt, Todesurteile gegen unschuldige Geiseln zu unterschreiben. Der Angeklagte musste vor Gericht zugeben, dass er nicht in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten.

SPD. Kiel, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Partei Neumünster erhält fortgesetzt Zuschriften aus nationalsozialistischen Kreisen über die unhaltbaren Zustände in der SA. Die, wie man in nationalsozialistischen Kreisen sagt, "aristokratische Führung" hat unter den Angriffen der SA schwer zu leiden, zumal die Kassenverhältnisse in einer unglaublichen Unordnung sind und mit sehr beträchtlichen Unterschlagungen gerechnet werden darf.

Ähnliche Zustände herrschen in Husum, wo dieser Tage eine ganze SA-Gruppe aus der Nazi-Partei ausgetreten ist. Dort sollte ein an den blutigen Vorfällen in Altona beteiligt gewesener und jetzt verurteilter SA-Mann seine Strafe antreten. Da ihn die Führung vollkommen im Stich liess, ist er und seine ganze Gruppe mit Protest aus der Partei ausgetreten.

Bezeichnend für die Austritte und für die Rebellion in der SA ist, dass es insbesondere die Proletengruppen sind, die gegen die ebensogut bezahlte, wie hochnäsige Führung ankämpfen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die Arbeiter aller Welt

Erwachende Araber.

Mustafa erhebt sich gegen seine Ausbeuter - Erfolgreiche Streikkämpfe in Industrie und Landwirtschaft Palästinas.

SPD. Haifa, Mitte Oktober & Eig. Ber.)

Die Möglichkeit eines Streiks unter der arabischen Arbeiterschaft Palästinas hätte noch vor einigen Jahren wie eine Utopie geklungen. Ist doch der arabische Bauer bis heute noch seinem Effendi - den Grossgrundbesitzern - Leibeigen und mit Leib und Seele verkauft. Arbeiten doch bis heute noch die meisten arabischen Arbeiter 16 Stunden am Tag - ohne jedes Arbeiterschutzgesetz, ohne Unfall- oder Invalidenversicherung!

Trotzdem fängt auch hier jetzt der proletarische Gedanke an zu erwachen. Unerhörte kapitalistische Ausschreitungen forderten Streiks heraus - bei Regierungsarbeiten, in der Landwirtschaft und in der Industrie. Einige Streiks sind bereits mit Erfolg durchgeführt, andere dauern noch an. Aber da sich die Arbeiterschaft geschlossen hinter die Streikenden stellt, besteht über den Ausgang der Kämpfe - Palästina ist augenblicklich ein Land ohne Arbeitslose - kein Zweifel. Wie war diese Entwicklung zum Erwachen des Klassenbewusstseins möglich?

Kein Zweifel: die jüdische Arbeiterschaft Palästinas leistete hier Pionierarbeit. Skeptisch, wenn nicht feindselig standen die arabischen Massen noch bis vor einigen Jahren der zumeist von Deutschland und Russland herdirigierten, gleicherweise durch Not und Idealismus bewegten Einwanderung gegenüber. Die religiösen Führer der Araber und ihre nationalen Helden waren bemüht, den Mustafas einzubläuen, dass der jüdische Arbeiter ihr Blutfeind sei, der sie von ihrer Arbeitsstelle verdrängen wolle. Zunächst schenkten die Araber diesen Hetzreden um so mehr Glauben, als sie von religiösem Weihrauch umweht wurden. An diesem Misstrauen scheiterten fast sämtliche Versuche der Arbeitergewerkschaft Palästinas, die Araber zu erfassen - nur bei Post und Eisenbahn gelang es, auch die arabischen Arbeitnehmer in die Organisation einzureihen.

Die Erfolge der Eisenbahn- und Postorganisation imponierten den Arabern allerdings: es gelang hier den Achtstundentag einzuführen, ausserdem die Anfänge einer Gesetzgebung für Arbeiterschutz zu erzwingen. Auch die Löhne der bei Post und Eisenbahn Organisierten standen in gar keinem Vergleich zu den sonst bei arabischen Arbeitern üblichen Löhnen. Ausserdem konnten die arabischen Massen wiederholt beobachten, wie die Mitglieder der Post- und Eisenbahngewerkschaft in ihrem Kampf niemals allein standen, sondern von der allgemeinen Arbeitergewerkschaft unterstützt wurden. Das machte die arabischen Arbeiter stutzig.

Ein weiteres wesentliches Moment, die jüdischen Arbeiter nicht nur als Eindringlinge zu sehen, lieferte das praktische Leben selbst. Die Araber sahen, dass sie trotz der jüdischen Aufbauarbeit nicht nur nicht von ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, sondern dass ihnen darüber hinaus neue Arbeitsgebiete erschlossen wurden. Beim Bau des Hafens von Haifa, bei dem grossen Zementwerk in Jadjur, bei dem sehr umfänglich angelegten Kaliwerk am Toten Meer - überall arbeiten hunderte von Arabern mit, einträchtig mit ihren jüdischen Kollegen Hand in Hand. Gemeinsame Aktionen schafften hier die Möglichkei

gute Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

So begann sich das durch Generationen vernebelte Auge des arabischen Arbeiters aufzuhellen. Er merkte, dass in den Hetzreden seiner vermeintlichen Nationalhelden, die ihn trotz aller Phrasen höchst unmohammedanisch und unsozial behandelten, etwas nicht stimmte. Und die allgemeine Gewerkschaft Palästinas liess nicht locker. Die Aufklärungsarbeit, die das Leben gab, verstärkte sie theoretisch. Bis die Bombe platzte... Bei den arabischen "Regierungsarbeitern" fing es an. Sie verlangten einen 10stündigen (!) Arbeitstag und höheren Lohn. Die englischen Beamten rieben sich die Augen. Sie konnten es nicht fassen, dass die Mustafas plötzlich Menschenrechte verlangten. Aber das Erstaunen half den Beamten nicht weiter. Die ganze Arbeiterschaft stellte sich geschlossen hinter die Streikenden. Und - die Regierung gab nach.

Angefeuert von diesem Erfolg ging es weiter. Die jüdischen Bäckerarbeiter waren seit jeher gut organisiert. Die Arbeiter wollten bisher dieser Gewerkschaft nicht beitreten. Auch hier war die Not die beste Schulmeisterin. Die arabischen Arbeiter erhoben sich eines Tages und erklärten dem deutschen Bäckermeister Minzenmay in "aifa den Streik: Minzenmay ist einer jener Tempelkolonisten, die ins Land kamen, um auf den geheiligten Stätten Busse zu tun, nebenbei aber ein Vermögen anhäuferten... Die gesamte Arbeiterschaft Palästinas erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. Was blieb dem braven Tempelbruder anderes übrig als nachzugeben?

Am schärfsten jedoch wird zur Zeit ein Streik durchgeführt im Zementwerk "Nescher". Dort arbeiten in den Steinbrüchen etwa hundert Araber. Der Besitzer des Werkes wollte den "unerquicklichen" Verhandlungen mit der Gewerkschaft aus dem Wege gehen und übergab die Ausbeutung des Bergwerks einem arabischen Unternehmer. Und nun ergab sich folgendes liebevolle Bild. Die Fabrikarbeiter hatten ihren Achtstundentag und Löhne bis zu 6 RM täglich, während die Arbeiter im Steinbruch - nach dem Willen des arabischen Unternehmers - fortführen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu arbeiten und dafür sage und schreibe ganze RM 1,50 zu bekommen. Nun verlangen die arabischen Steinbrucharbeiter einen Arbeitstag von höchstens zehn Stunden und einen Minimallohn von RM 2,25. Natürlich erklärt sich der feudale Unternehmer nicht damit einverstanden. Er schickt immerfort Priester und Agitatoren zu den Streikenden, um sie einzuschüchtern. Der Kampf jedoch geht weiter. Die Streikenden werden sich um so weniger geschlagen geben, als die gesamte Arbeiterschaft des Landes mit ihnen sympathisiert und ihre Streikfonds aufs grosszügigste unterstützt.

L-y.

+ + +

100 000 Mark! In der Sonnabendziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf Los Nr. 331 354 ein Gewinn von 100 000 Mark; in der ersten Abteilung wird das Los in Achtern in Württemberg, in der zweiten in Achtern in Berlin gespielt.

+ + +

Notverordnung gegen Autodiebe. Im Reichsgesetzblatt wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern erlassen. Es heisst in dieser das Datum vom 20. Oktober 1932 tragenden, ab 1. November 1932 gültigen Notverordnung: "Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar..."

+ + +

Raubmord. In einem Hause in Berlin W. wurde die 74 Jahre alte Ehefrau Auguste Könicke am Sonnabend abend ermordet und beraubt aufgefunden. Der flüchtige Täter, der sein Opfer geknebelt und mit einer Schnur ans Bett gefesselt hatte, erbeutete 4 000 Mark Bargeld, Effekten im Werte von 12 000 Mark und Schmucksachen.

Die Saalschlächter. In Berlin wurden zwei Nationalsozialisten zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Beide hatten am 6. Oktober in einer deutschnationalen Versammlung in der Hasenheide ihre Harzburger Freunde mit Stühlen beworfen und mit Stühlen geschlagen. Vor Gericht kniffen die Hitlerianer und behaupteten von dem deutschnationalen Saalschutz angegriffen worden zu sein. Das Sondergericht, das entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung eigentlich eine Zuchthausstrafe von mindestens einem Jahr hätte verhängen müssen, erklärte seine Nachsicht damit, dass nur "der Versuch einer Körperverletzung aus politischen Motiven" vorliege.

Zwei Raubmörder gefasst. Die Gebrüder Karl und Josef Hammel, die vor einigen Tagen in Hagen (Westfalen) zwei nicht sehr ertragreiche Raubüberfälle auf eine Konsumvereinsfiliale und einen Strassenbahnschaffner unternommen hatten, wurden am Sonnabend morgen von ihrem Vater in der Laube seines Gartens entdeckt. Statt den Söhnen Butterbrote zu bringen, die sie verlangten, rief der Vater die Polizei herbei. Die Brüder verschanzten sich in einem Kleintierstall und gaben etwa 20 Schüsse auf die ebenfalls feuernden Beamten ab. Die Verhaftung gelang erst, als den Räubern die Munition ausgegangen und der eine durch einen Brustschuss schwer verletzt worden war. Ein Selbstmordversuch des anderen missglückte, da der Revolver versagte.

Schande. Das Schwurgericht Hirschberg in Schlesien verurteilte den aus Landshut stammenden Gewerbeoberlehrer Hans Lehmann wegen Totschlags zu 2 Jahren Gefängnis. Lehmann hat in der Nacht zum 11. März d. J. sein Kind erwürgt, dessen 3 Monate nach der Hochzeit erfolgte Geburt er als "eine Schande" für sich und seine Frau empfunden haben will. Ueber die Zurechnungsfähigkeit des Täters zur Zeit des Verbrechens gingen die Sachverständigen gutachten auseinander.

Blutige Kneiperei. In einer Gastwirtschaft in Berlin-Lichtenberg schoss am Sonnabend der 31-jährige Arbeiter Sarnetzki die 42-jährige Frau Gertrud Wilde in einem Anfall von sinnloser Trunkenheit nieder; nach der Tat jagte er sich eine Kugel in den Kopf. Sarnetzki und Frau Wilde, die vor der Tat stundenlang alkoholische Getränke zu sich genommen hatten, wurden in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Lebender Leichnam! Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Ende ihrer Nachforschungen über die Tätigkeit einer kürzlich ermittelten achtköpfigen Schaufenster-Einbrecherbande, die unter der Führung des "Schwarzen Peter" stand, u. a. den Hehler der Bande: einen gewissen Kaufmann Karl Wiemert, der, wie sich herausgestellt hat, diesen Namen zu Unrecht führt, in Wirklichkeit Ernst Beyersdorff heisst und wegen Betruges noch 1½ Jahre Gefängnis abzusitzen hat. Beyersdorff gab an, dass er von einem jungen Mädchen namens Wiemert, das er im Jahre 1929 in Berlin kennen gelernt haben will, die Papiere ihres im Weltkriege gefallenen Bruders ausgeliefert erhalten hätte. Unter dem Namen Wiemert hat Beyersdorff im Jahre 1930 geheiratet; unter diesem Namen hat er auch im Jahre 1931 die Geburt eines Kindes angemeldet.

Wirtschaft Technik Handel

Hitler, Reemtsma und Co.

SPD. In den Reihen der Nazis gibt es seit Wochen einen erbitterten Streit um den Zigarettenkonzern Reemtsma und man erfährt dabei, dass die Nazis gegen Trusts und Konzerne absolut nichts einzuwenden haben, dass sie auch nichts gegen Juden einzuwenden haben, sofern diese Zigarettentabakeinkäufer bei Grosskonzernen sind. Es gibt da in Dresden eine Zigarettenfabrik, die die "Sturm"-Zigarette fabriziert. Diese Fabrik führt pro 1000 verkaufte Zigaretten 0,80 bis 1.-Mark an die nationalsozialistische Kasse ab. Dafür hat die nationalsozialistische Partei, bis vor kurzem, lebhaft Propaganda für die Sturmzigarette, die neuerdings schlechter gehen soll, gemacht. Es wurde sogar eine Zunftgruppe gebildet, deren Aufgabe es war, nationalsozialistische Zigarettenhändler zu organisieren. Diese Zunftgruppe führte u.a. einen heftigen Kampf gegen den bekannten Reemtsmakonzern, der in den letzten Jahren eine Zigarettenfabrik nach der andern geschluckt hat und die deutsche Zigarettenindustrie fast wie ein Privatmonopol beherrscht. Im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der Nazis, sind früher immer wieder schwere Beschuldigungen gegen den Reemtsmakonzern erhoben worden. Plötzlich hörten diese Beschuldigungen auf und in den Nazizeitungen erschienen grosse und teure Inserate des Zigarettenkonzerns Reemtsma.

Der Zunftgruppe, die so brav gegen den Reemtsmakonzern kämpfte, blieb natürlich die Spucke weg, besonders aber, als in der Öffentlichkeit erklärt wurde, dass kein anderer als der Naziführer Adolf Hitler hinsichtlich der Reklameinserate des Reemtsmakonzerns eine entsprechende Entscheidung gefällt hätte und "dass man darüber noch mehr sagen könnte". Der programmatische Verrat der Naziführer wollte den Zunftgrupplern nicht in den Kopf und so erklärten sie, das mit der Entscheidung des obersten Führers Hitler sei "Phantasie eines jüdischen Redakteurs". An dem Gerücht sei kein wahres Wort und wenn man wage, die Behauptung zu wiederholen, so "würde man mit schärfsten Mitteln gegen die Verbreiter vorgehen".

Die ganze Angelegenheit war aber soweit durchgesickert, dass man mit Drohungen nichts mehr ausrichten konnte. Also musste sich schon die Zentrale der nationalsozialistischen Partei bemühen, um möglichst viel Schaden unter den braunen Schäfchen zu verhüten. Die Nationalsozialistische Anzeigenzentrale München 2 N.O., schrieb unter dem 12. September 1932 (Aktenzeichen Fi./Mü.) einen Brief, in dem es u.a. wie folgt heisst:

"Ihr an den Eherverlag gerichtetes Schreiben vom 2. September wurde uns zur Erledigung überwiesen. Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Punkt 13 ihres Programms nicht den Kampf gegen die Konzerne, sondern die Verstaatlichung der Grossbetriebe (Strasser hat das in seiner Berliner Rede auch schon widerrufen. Red.) fordert. Die Reemtsma-Zigarettenfabriken sind zum weitaus überwiegenden Teil im deutschen Familienbesitz. Der Jude David Schnur ist der Tabakeinkäufer der Firma. Es gibt keine Zigarettenfabrik, deren Einkäufer kein Jude oder sonstiger orientalischer Mischling ist. Vor Aufnahme der Reemtsmaanzeigen in die nationalsozialistische Presse wurde die Angelegenheit Reemtsma ein halbes Jahr lang von mehreren Instanzen geprüft; insbesondere von der Rechtsabteilung der

Reichsleitung. Die letzte Entscheidung fällt unser Führer Adolf Hitler nach einer persönlichen Aussprache mit Herrn Philipp Reemtsma. Die Reemtsmaanzeigen sind auf Befehl Adolf Hitlers in die nationalsozialistische Presse aufzunehmen. Wir hoffen, Ihnen mit unsern Ausführungen gedient zu haben und wir empfehlen uns Ihnen

mit deutschem Gruss

Stempel. Nationalsozialistische Anzeigenzentrale
E.Finkenzeller."

Das ist allerliebste. Wir sehen erst den grossen Führer Adolf Hitler, Kämpfer mit Berserkerwut gegen Trusts und Konzerne, in traulicher Besprechung mit dem im "Völkischen Beobachter" so oft beschuldigten Konzerngewaltigen Philipp Fürchtegott Reemtsma. In dieser traulichen Besprechung, deren Verlauf man sich ungefähr denken kann, hat man dem grossen Adolf, der sonst vom "wirtschaftlichen Denken" nichts hält, klar gemacht, dass der Zigaretten-tabakeinkäufer ein Jude oder asiatischer Mischling sein muss. Diese Darstellung ist ein ganz fürchterlicher jüdischer Dreh; denn es gibt recht viele und recht tüchtige Zigarettentabakeinkäufer, die an Hand ihres Stammbaums nachweisen können, weder Juden noch asiatische Mischlinge zu sein. So sind z.B. die Zigarettentabakeinkäufer bei den "roten" Konsumvereinen, bei der Hamburger Grosseinkaufsgesellschaft, die als Fachleute internationalen Ruf geniessen, weder Juden noch asiatische Mischlinge. Wir denken aber daran, dass die Nationalsozialisten gegen ehrenwerte Leute einen ebenso blöden wie schäbigen Kampf geführt haben, weil die Grossmutter oder der Urgrossvater einmal jüdisch geheiratet hat. Im Fall Reemtsma denkt der "oberste Führer" Hitler anders. Dabei ist David Schnur kein kleiner Zigarettentabakeinkäufer, sondern er ist der Schöpfer des Reemtsmakonzerns, die Seele vom Buttergeschäft bei Reemtsma. Er hat die monopolartige Stellung des Reemtsmakonzerns erst geschaffen und finanziert und kontrolliert einen grossen Teil der Tabakeinfuhren nach Deutschland. Im andern Fall würden die Nazis sagen, so ein rechter jüdischer Blutsauger. Aber dem obersten Führer hat man bei Reemtsma ja klar gemacht, dass ein Zigarettentabakeinkäufer Jude oder asiatischer Mischling sein muss - und seitdem hat der oberste Führer der Nazipresse den Befehl gegeben, Reemtsmainserate aufzunehmen.

SPD. Die Verordnungen des Reichspräsidenten über die Genossenschaftshilfe und die beschleunigte Entschuldung in den Osthilfegebieten sind fertiggestellt und unterzeichnet worden.

Von den Aussenständen der Genossenschaften, die auf 2,3 Milliarden Mark geschätzt werden, entfallen mehr als 200 Millionen auf Umschuldungsbetriebe in Ostelbien. Diese Forderungen können bis zur Hälfte als verloren betrachtet werden. Aber auch von den Forderungen an die übrige Landwirtschaft sind 200 Millionen verloren, sodass der Gesamtverlust der Genossenschaften 300 Millionen Mark beträgt d.h. ungefähr ein Achtel ihrer gesamten Aussenstände. Die Deckung dieser Verluste ohne Staatshilfe würde zweifellos zu einer grossen Reihe von Zusammenbrüchen führen, die sich bei der Haftungsverflechtung der Genossenschaftsmitglieder lawinenartig fortpflanzen müssten. Es wäre unter Umständen zu verantworten, wenn man in den Fällen, in denen unbedingt Hilfe geleistet werden muss, der Staat den Genossenschaften unter die Arme greift. Das, was aber jetzt an Genossenschaftshilfe durchgeführt werden soll, ist weniger eine Genossenschaftshilfe als eine Aktion zur Besitzerhaltung der Landwirtschaft. Die Reichsregierung hat dafür eine solche Vorliebe, dass sie sich nicht scheut, die Reichsfinanzen in schwerste Gefahr zu bringen.

Die Forderungen der Genossenschaften an die Umschuldungsbetriebe in Höhe von 200 Millionen Mark kauft das Reich den Genossenschaften für 140 Milli-

onen Mark ab und zwar gibt die Bank für Industrieobligationen 50 Millionen in Osthilfeentschuldungsbriefen, während das Reich 90 Millionen zur Verfügung stellt, von denen 60 Millionen aus Steuermitteln der nächsten Jahre gedeckt werden sollen. Durch diese Gesamtablösung der genossenschaftlichen Forderungen scheiden die Genossenschaften aus dem Entschuldungsverfahren aus, womit die Einigung zwischen dem schuldnerischen Landwirt und den Gläubigern erleichtert wird.

Der zweite Teil der Notverordnung enthält Bestimmungen über die Finanzierung der Osthilfe durch Erhöhung der Barentschädigungen auf 40 Prozent. Dadurch wird die Gesamtsumme der Entschuldungsbriefe auf 350 Millionen herabgesetzt. Zur Barauszahlung werden insgesamt 240 Millionen bereit gestellt, die aus allen möglichen Fonds fließen sollen.

Damit wäre den Genossenschaften im Osthilfegebiet geholfen. Um die Verluste der übrigen Genossenschaften zu decken, werden Reich und Preussen 200 Millionen Schatzanweisungen ausgeben, die in die Haushaltspläne von 1936 bis 1938 zur Rückzahlung eingesetzt werden sollen. Ob die finanzielle Kraft des Reiches und Preussens aber in diesen Jahren so gross sein wird, dass sie die Summen aufbringen können, erscheint uns ausserordentlich zweifelhaft. Es bleibt daher ein Hasardspiel, über derartige Summen mit Hilfe von Schatzanweisungen zu verfügen.

Die Reorganisation der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse soll wie folgt vor sich gehen: Das Kapital wird nach Abschreibung von 50 Millionen, 100 Millionen betragen, zu denen noch 20 Millionen Reserven treten. Am Kapital sind Reich und Preussen mit je 40 Millionen, die Rentenbank-Kreditanstalt mit 5 Millionen beteiligt, während die sonstigen eingezahlten Beteiligungen unverändert bleiben. Der Name Preussische Zentralgenossenschaftskasse wird in Deutsche Zentralgenossenschaftskasse umgewandelt. Sie steht in Zukunft unter Aufsicht des Reichsfinanzministers, aber ein Recht der Regierung zur Leitung ist nicht vorgesehen. Dagegen wird ein Ausschuss gebildet, dem der Präsident, je drei Vertreter des Reichs und Preussens, 6 Vertrauensleute des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, 3 Leute aus den gewerblichen Genossenschaften und 1 Vertreter der Konsumgenossenschaftsbewegung angehören. Ausserdem werden von der Reichsregierung noch Kredit- und Genossenschaftssachverständige ernannt, sodass der Ausschuss insgesamt aus 25 Köpfen besteht.

Damit ist ein bedeutsames Kapitel der Geschichte der Preussenkasse abgeschlossen. Nicht dass sie auf das Reich übergeht, ist wichtig, sondern dass sie aus einem Institut des Fortschritts ein Institut der Reaktion wird. Als 1928 die Genossenschaften durch die deutschnationale Misswirtschaft - Raiffeisenskandal - völlig zerrüttet waren, griff der preussische Staat ein und rettete unter Einsatz von mehr als 100 Millionen die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Preussenkasse wurde dann unter ihrem verdienten Präsidenten Dr. Klepper zum Mittelpunkt einer Politik, die eine Umwälzung der agrarischen Struktur in Deutschland erstrebte. Die Grossgrundbesitzer sollten, soweit sie unfähig sind, sich ohne Subventionen zu erhalten, gezwungen werden, abzutreten. Weil die Preussenkasse scharf gegen jegliche künstliche Manipulationen zur Erhaltung der reaktionären Rittergutsbesitzer Stellung nahm, war sie allen Rückschrittlern verhasst und kein Mittel war schädig genug, der Preussenkasse eins auszuwischen. Schon damals war es der Preussenkasse nicht möglich, die Durchführung ihrer Politik zu erreichen. Nachdem die Reaktion Preussen in die Hand bekam, war es damit völlig vorbei. Nunmehr wird, wie in früheren deutschnationalen Zeiten, die Preussenkasse ein gefügiges Werkzeug in Händen der Grossgrundbesitzer sein, bis zu dem Tage, an dem das Volk den ganzen, jetzt herrschenden Schwindel zum Teufel jagt.

SPD. Die Reichsknappschaft hat ihre Bezirkknappschaften angewiesen, am kommenden Monatsschluss von den laufenden Leistungen der Angestelltenpensionskasse nur 80 % zur Auszahlung zu bringen. Als Begründung für diese rigorose Massnahme wird angegeben, dass die vorhandenen flüssigen Mittel zur Zahlung der Renten in voller Höhe nicht mehr ausreichen. Wenn auch bekannt war, dass die Angestelltenpensionskasse mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so wirkt das Vorgehen der Reichsknappschaft dennoch alarmierend. Es ist dies der erste Fall, dass ein Träger der öffentlich-rechtlichen Rentenversicherung seinen Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfange nachkommt, bzw. seine Zahlungen teilweise einstellt. Der Anspruch auf die Gewährung der laufenden Leistungen in voller Höhe ist zwar gesetzlich gesichert, aber diese Garantie wird einfach negiert. Im Zeitalter der konservativen Staatsführung scheint eben alles möglich zu sein; aus Recht wird Unrecht. Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass die Leistungen der Angestelltenpensionskasse schon sehr erheblich abgebaut worden sind und zwar das Ruhegeld um 30 %, die Witwenpension um 31 % und das Waisengeld um 60 %. Jetzt sollen nun weitere 20 % wegfallen, wobei noch nicht einmal Rücksicht auf die Höhe der einzelnen Leistungen genommen wird, so dass in vielen Fällen nur noch wenige Mark zur Auszahlung gelangen werden. Wir fragen: Was gedenkt der Reichsarbeitsminister, dem doch die Angelegenheit nicht unbekannt sein kann, zu tun, um die Massnahme der Reichsknappschaft nicht Wirklichkeit werden zu lassen? Sowohl als Regierungsstelle als auch als Aufsichtsbehörde dürfte das Reichsarbeitsministerium die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, dass die Reichsknappschaft ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllt bzw. erfüllen kann. Oder will die Regierung tatenlos zusehen und die Angestelltenpensionskasse als ersten Zweig der deutschen Sozialversicherung versacken lassen? Wo bleibt das soziale Verständnis, das der Reichskanzler von Papen in seiner Rede in Münster mit soviel Pathos für sein Kabinett in Anspruch genommen hat?

SPD. Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Städte, hat Richtlinien für eine praktische kommunale Arbeitsbeschaffung fertiggestellt. Ausschlaggebend ist auch hier die Frage der Finanzierung und der Deutsche Städtetag verlangt mit Recht, dass, wenn die Reichsregierung mit Steuerscheinen die Wirtschaft anzukurbeln hofft, es nur recht und billig ist, wenn Steuerscheine auch für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Über die Arbeitsbeschaffung selbst wird vom Deutschen Städtetag folgendes mitgeteilt:

"Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert lassen sich in den Städten in grosser Anzahl finden. In Betracht kommen beispielsweise in erster Linie der Kleinstwohnungsbau, wobei das Eigenkapital der Baulustigen mit zur Finanzierung herangezogen werden kann, der Bau von Strassen, vor allem von Ausfallstrassen, von Zugangsstrassen zu neuen Siedlungen, von Durchgangsstrassen, auch die Erneuerung von Strassenpflaster und anderen Arbeiten, die sonst von der Stadt mit den vorhandenen Kräften und Mitteln nicht ausgeführt werden könnten. Daneben werden im Zuge eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms Kleingartensiedlung und Stadttrandsiedlung, ferner Meliorationen und ähnliche Arbeiten zu fördern sein. Es handelt sich hierbei nicht um Arbeiten, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, sondern im Gegenteil um solche, von denen die Privatwirtschaft eine wesentliche Be-fruchtung erfahren wird. Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist, dass die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungspolitischen Gebiete vermeidet, Die Hergabe von ungedeckten zinslosen Krediten grössten Ausmasses, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist (Gereckeplan Red.)

SPD. Die Reichsknappschaft hat ihre Bezirkknappschaften angewiesen, am kommenden Monatsschluss von den laufenden Leistungen der Angestelltenpensionskasse nur 80 % zur Auszahlung zu bringen. Als Begründung für diese rigorose Massnahme wird angegeben, dass die vorhandenen flüssigen Mittel zur Zahlung der Renten in voller Höhe nicht mehr ausreichen. Wenn auch bekannt war, dass die Angestelltenpensionskasse mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so wirkt das Vorgehen der Reichsknappschaft dennoch alarmierend. Es ist dies der erste Fall, dass ein Träger der öffentlich-rechtlichen Rentenversicherung seinen Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfange nachkommt, bzw. seine Zahlungen teilweise einstellt. Der Anspruch auf die Gewährung der laufenden Leistungen in voller Höhe ist zwar gesetzlich gesichert, aber diese Garantie wird einfach negiert. Im Zeitalter der konservativen Staatsführung scheint eben alles möglich zu sein; aus Recht wird Unrecht. Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass die Leistungen der Angestelltenpensionskasse schon sehr erheblich abgebaut worden sind und zwar das Ruhegeld um 30 %, die Witwenpension um 31 % und das Waisengeld um 60 %. Jetzt sollen nun weitere 20 % wegfallen, wobei noch nicht einmal Rücksicht auf die Höhe der einzelnen Leistungen genommen wird, so dass in vielen Fällen nur noch wenige Mark zur Auszahlung gelangen werden. Wir fragen: Was gedenkt der Reichsarbeitsminister, dem doch die Angelegenheit nicht unbekannt sein kann, zu tun, um die Massnahme der Reichsknappschaft nicht Wirklichkeit werden zu lassen? Sowohl als Regierungsstelle als auch als Aufsichtsbehörde dürfte das Reichsarbeitsministerium die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, dass die Reichsknappschaft ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllt bzw. erfüllen kann. Oder will die Regierung tatenlos zusehen und die Angestelltenpensionskasse als ersten Zweig der deutschen Sozialversicherung versacken lassen? Wo bleibt das soziale Verständnis, das der Reichskanzler von Papen in seiner Rede in Münster mit soviel Pathos für sein Kabinett in Anspruch genommen hat?

SPD. Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Städte, hat Richtlinien für eine praktische kommunale Arbeitsbeschaffung fertiggestellt. Ausschlaggebend ist auch hier die Frage der Finanzierung und der Deutsche Städtetag verlangt mit Recht, dass, wenn die Reichsregierung mit Steuerscheinen die Wirtschaft anzukurbeln hofft, es nur recht und billig ist, wenn Steuerscheine auch für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Über die Arbeitsbeschaffung selbst wird vom Deutschen Städtetag folgendes mitgeteilt:

"Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert lassen sich in den Städten in grosser Anzahl finden. In Betracht kommen beispielsweise in erster Linie der Kleinstwohnungsbau, wobei das Eigenkapital der Baulustigen mit zur Finanzierung herangezogen werden kann, der Bau von Strassen, vor allem von Ausfallstrassen, von Zugangsstrassen zu neuen Siedlungen, von Durchgangsstrassen, auch die Erneuerung von Strassenpflaster und anderen Arbeiten, die sonst von der Stadt mit den vorhandenen Kräften und Mitteln nicht ausgeführt werden könnten. Daneben werden im Zuge eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms Kleingartensiedlung und Stadttrandsiedlung, ferner Meliorationen und ähnliche Arbeiten zu fördern sein. Es handelt sich hierbei nicht um Arbeiten, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, sondern im Gegenteil um solche, von denen die Privatwirtschaft eine wesentliche Befruchtung erfahren wird. Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist, dass die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungspolitischen Gebiete vermeidet, Die Hergabe von ungedeckten zinslosen Krediten grössten Ausmasses, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist (Gereckeplan Red.)

kann deshalb nicht in Frage kommen. Da die Gemeinden nicht in der Lage sind, die Arbeiten allein zu finanzieren, müssen die Mittel auch von anderer Seite mit bereitgestellt werden. Bei diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich um eine Mehrbeschäftigung einer ganz gewaltigen Zahl von Erwerbslosen mit volkswirtschaftlich nützlichen Arbeiten. Es ist deshalb notwendig, dass die Finanzierung auf ähnlicher Basis erfolgt, wie sie im Programm der Reichsregierung für die private Wirtschaft vorgesehen ist. Der Städtetag hat deshalb der Reichsregierung gegenüber seine bereits früher erhobene Forderung wiederholt: dass für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden.

Wenig verändert.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Oktober)

SPD. Am Sonnabend herrschte an der Berliner Produktenbörse etwas stetigere Stimmung. Da bei der gebesserten Witterungslage die Landwirte stark mit Bestellungsarbeiten auf den Feldern beschäftigt sind, ist das Angebot der letzten Tage weniger dringend und weniger umfangreich geworden. Da zudem auch die Mühlen wieder etwas bessere Kaufneigung zeigten, konnten sich die Preise gut behaupten. Am Promptmarkt waren die Notierungen für Weizen und Roggen unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte gab es bei der Eröffnung sogar kleine Gewinne, die allerdings bei der Schlossnotiz wieder verloren gingen. Im übrigen war das Geschäft nicht besonders umfangreich. Weizen- und Roggenmehl blieben weiter vernachlässigt; lediglich der laufende Bedarf wurde zu unveränderten Preisen gedeckt. Hafer und Gerste hatten stetige Tendenz.

	21.10.	22.10.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	175 - 185	173 - 183
Futter- und Industrierogerste	167 - 174	165 - 172
Hafer	134 - 138	134 - 138
Weizenmehl	24,50 - 24,25	24,25 - 27,75
Roggenmehl	20,00 - 22,50	19,75 - 22,25
Weizenkleie	9,20 - 9,60	9,00 - 9,50
Roggenkleie	8,30 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober $208\frac{1}{2}$ - 208 (Vortag $208\frac{1}{2}$), Dezember 207 - 206 (207), März 209 - $208\frac{1}{2}$ ($208\frac{3}{4}$), Roggen Oktober - (-), Dezember $162\frac{1}{2}$ - $161\frac{1}{4}$ ($161\frac{1}{2}$), März $164\frac{1}{4}$ - $162\frac{3}{4}$ ($164\frac{1}{4}$), Hafer Oktober - (143), Dezember - bis 137 ($138\frac{1}{2}$), März - (142).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 22. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.